

Resolution der Vollversammlung am 18. September 2024

Dauerhafte steuerliche Entlastung für Agrardiesel unabdingbar

Die Land- und Forstwirtschaft ist weiterhin mit enormen Preissteigerungen bei Energie, Betriebsmitteln sowie Gebäude- und Maschineninvestitionen konfrontiert. Die Entwicklung der agrarischen sowie forstlichen Erzeugerpreise kann damit bei weitem nicht Schritt halten. Der Großteil der anderen EU-Mitgliedsländer bietet dauerhaft wirksame steuerliche Entlastungen bzw. Rückvergütungen beim Agrardiesel an.

Für die österreichische Land- und Forstwirtschaft gilt aktuell eine zeitlich befristete steuerliche Entlastung für Agrardiesel. Im Zuge des von der Bundesregierung zuletzt beschlossenen neuen Energie- und Klimaplanes wurde von einzelnen politischen Gruppierungen das sogenannte Dieselprivileg in Frage gestellt. Die Land- und Forstwirtschaft bekennt sich aus eigenem Interesse zu dringend notwendigen Maßnahmen des Klimaschutzes. Diese müssen für die bäuerlichen Betriebe aber in der Praxis machbar und wirtschaftlich tragbar sein.

Im Gegensatz zum motorisierten Individualverkehr gibt es für Traktoren und selbstfahrende Erntemaschinen wie Mähdrescher noch keine wirklich machbaren Alternativen im Bereich der E-Mobilität, sodass die Land- und Forstwirtschaft auf absehbare Zeit weiter auf Verbrennungsmotoren angewiesen sein wird.

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ fordert daher von der künftigen Bundesregierung zur Sicherstellung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit heimischer bäuerlicher Familienbetriebe eine dauerhafte wirksame steuerliche Entlastung für Agrardiesel im Wege einer pauschalen flächenbezogenen Rückvergütung. Ähnlich der pauschalen Rückvergütung im Rahmen des Klimabonus für die erhöhte CO₂-Besteuerung kann damit sichergestellt werden, dass aus der steuerlichen Entlastung keinerlei wirtschaftlicher Anreiz für einen Mehrverbrauch bei Diesel resultiert. Gleichzeitig kann mit dieser Entlastung ein wesentlicher Beitrag zur wirtschaftlichen Sicherstellung der Lebensmittelerzeugung aus heimischer Agrarproduktion geleistet werden.